



Rund 900 Menschen demonstrierten am Freitag in Koblenz gegen die Klimaerwärmung. Der Demonstrationszug ging vom Bahnhofsvorplatz durch die Innenstadt bis zum Deutschen Eck.

Foto: Sascha Ditscher

900 Menschen demonstrieren in Koblenz für den Klimaschutz

„Fridays for Future“: Jede Altersgruppe vertreten – Kritik auch an Lokalpolitik

Von unserem Mitarbeiter
Peter Karges

■ **Koblenz.** „Fridays for Future“ ist zurück. Nachdem die Klimaschutzbewegung wegen Corona gut einhalb Jahre keine wirkliche Großdemonstration veranstalten konnte, fand am Freitagmittag wieder eine größere Kundgebung statt. Unter dem Motto „Fridays for Future – alle fürs Klima“ hatte sich zu Beginn der Veranstaltung gegen 12 Uhr auf dem Bahnhofplatz bereits eine größere Gruppe versammelt. Das Koblenzer Ordnungsamt schätzte sie auf gut 600 Menschen. Als sich der Demonstrationszug nach etwa einer halben Stunde in Bewegung setzte, war die Gruppe dann schon auf rund 900 Personen angewachsen.

Die Demo, die quer durch die Stadt bis zum Deutschen Eck zog und zu der die Koblenzer Gruppe von „Fridays for Future“ aufgerufen hatte, war Teil eines weltweiten

Klimastreiks. Zum ersten Mal war ein solcher globaler Klimastreik im Frühjahr 2019 von Schülern inszeniert worden. Auch in Koblenz bildeten Schüler die größte Gruppe. Darüber hinaus waren die Demonstranten jedoch bunt gemischt. Ergraute Damen und Herren, die wohl erstmals bereits im Zuge der 68er-Bewegung protestiert hatten, sah man ebenso wie viele Eltern mit ihren Kindern, Mediziner im weißen Kittel sowie fünf Dominikanerinnen, mutmaßlich aus dem Kloster Arenberg.

Mit Blick auf die Bundestagswahl am Sonntag kritisierten einige Redner vor allem den CDU-Kandidaten Armin Laschet. Unter anderem warfen sie ihm vor, dass er als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen die Kohleindustrie unterstütze. Den Blick auf die gesundheitlichen Folgen, die eine Erwärmung des Erdklimas beim Menschen anrichte, lenkte die Ärztin Mareike Bernhard von der Koblen-

zer Gruppe von „Health for Future“ in ihrer Rede. Wenn man das Ziel der Pariser Klimakonferenz nicht erreiche, werde es ab der Jahrhundertmitte allein in Deutschland rund 150 000 Menschen geben, die aufgrund der Klimaerwärmung vorzeitig sterben. Im Fokus der Kritik stand allerdings nicht nur die Politik in Berlin, Brüssel oder Washington, sondern auch die Lokalpolitik. So betonte Gernot Kallweit vom Bündnis für eine Verkehrswende in Rheinland-Pfalz, dass hinsichtlich der Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Eifel, Hunsrück oder Westerwald die Blockierer in den Stadt- und Gemeinderäten säßen. Ausdrücklich kritisierte er, dass der Rat Bendorf mit den Stimmen von SPD, WUM und CDU, mit Ausnahme von CDU-Ratsfrau Christine Kersten, eine Resolution gegen eine Reaktivierung der Brexbachtalbahn verabschiedet habe. Mit Reden am Deutschen Eck endete der Demonstrationszug.